

MARIO CANDEIAS

Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus

Der Staat rettet den Kapitalismus. Er pumpt unbegrenzt Geld in die Märkte, kauft Schrottpapiere auf, zwingt Banken zu Übernahmen oder verstaatlicht sie. Rettungspakte in Billionenhöhe werden geschnürt und Konjunkturprogramme lanciert. Nun folgt die Re-Regulierung der Finanzmärkte. Ist damit der Neoliberalismus am Ende? Sind wir jetzt alle wieder Keynesianer?

Über den Zusammenhang von Finanzkrise und neuem Staatsinterventionismus und die Möglichkeiten radikaler Realpolitik von links.

Die BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) rechnet mit „einem langen und tiefen Abschwung der Weltwirtschaft“ (FR 01.07.08). Der Vorsitzende der US-Notenbank Fed, Ben Bernanke, befürchtet gar einen Kollaps des gesamten Finanzsystems mit unkalkulierbaren Folgen für die amerikanische wie globale Wirtschaft (FAZ 24.08.08). Bereits jetzt wurden schätzungsweise 2,5 Billionen Dollar fiktiven Kapitals vernichtet. Doch heißt Vernichtung fiktiven Kapitals in vielen Fällen auch echte Stockung der Reproduktion, Bankrott von Banken, Unternehmen, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Ersparnissen, Pensionsansprüchen etc. Flexibles Krisenmanagement ist gefragt, aber auch umfassende Re-Regulierungen werden in Angriff genommen, die den Charakter des neoliberalen Finanzkapitalismus betreffen.

Zurecht vermutet Trevor Evans das „Ende der Deregulierung“.¹ Fraglich ist wie weit jenseits des Krisenmanagements eine Re-Regulierung der Finanzmärkte angestrebt wird und welchen Charakter sie annimmt: Leo Panitch² betont, dass

staatliche Regulierung seit jeher zur neoliberalen Form der Finanzmarktliberalisierung und Globalisierung gehört (vgl. dazu ausführlich Candeias 2004/2008, 105-62). Dies betrifft nicht nur die staatliche Rolle bei der Deregulierung und Liberalisierung zur Schaffung und Durchsetzung globaler Finanzmärkte als relativ selbständiger Verwertungssphäre für Kapital. Vielmehr ist der globale Finanzmarkt – vor allem im Bereich Banken- und Börsenregulierung – stärker reguliert als jemals zuvor (vgl. ebd. 136ff). Doch die keynesianische Form der staatlichen Regulierung, dort korrigierend oder kompensierend einzugreifen, wo die Marktkräfte versagen, wurde durch neue Formen der De- und Re-Regulierung ersetzt: „Eingreifen in genau der entgegen gesetzten Richtung, als in der bisher eingegriffen worden ist, nämlich nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze ... Also sozusagen ein liberaler Interventionismus“ (Alexander Rüstow 1932, 64f).

Kapitalverkehrskontrollen und das System fester Wechselkurse, die der Dynamik freien Kapitalverkehrs im Wege standen, wurden abgeschafft. Nun gibt es zwar eine neue weit reichende Regulation, doch hat sie immer stärker informellen Charakter angenommen bzw. wird von (halb)privaten Institutionen erlassen, etwa informelle Codes of Conduct der International Banking Federation oder Regelungen der BIZ, eines Zusammenschlusses der Zentralbanken in Form einer Aktiengesellschaft, die wesentliche Aufgaben der internationalen Bankenaufsicht inne hat (Basler Ausschuss). Darüber hinaus sind enorme Teile der globalen Finanzmärkte jeglicher Regulierung und Aufsicht entzogen, vom Derivathandel *over the counter* (ca. zwei Drittel des Derivatehandels), über zahlreiche Aktivitäten von Hedgefonds bis zu den *off-shore*-Zentren für alle

1 Auf der Veranstaltung „Krise des Finanzmarktkapitalismus“ der Rosa Luxemburg Stiftung vom 08.05.08 in Berlin; vgl. Panitch 2008.

2 Auf der Veranstaltung „The State is back. Financial Crisis and

American Empire“ der Rosa Luxemburg Stiftung vom 05.05.08 in Berlin.

möglichen Formen unregulierter Finanztransaktionen und organisierter Steuerflucht.

Zahlreiche Aktivitäten zur Eindämmung der gegenwärtigen Krise weisen jedoch über einen liberalen Interventionismus und die Rolle des sog. *lender of last resort* (des Kreditgebers in der Not) hinaus – zum *market maker* und *owner of last resort*, deuten Veränderungen im Verhältnis von Staat und (Finanz)Markt an, die nicht ungebrochen in das neoliberale Paradigma zu integrieren sind. Die Beurteilung der Verschiebungen ist schwierig, denn trotz periodischer Instabilitäten und zum Teil heftiger Krisen konnten in den letzten 30 Jahren bislang systemgefährdende Folgen vermieden werden. Während die Verluste aus den Krisen in der Regel sozialisiert werden, werden die Krisen selbst von mächtigen Finanzmarktakteuren genutzt, um günstig geschwächte Konkurrenten oder die Anteile wichtiger Unternehmen und Branchen zu erwerben und auf weitere Liberalisierungen zu drängen. Zudem dient die Vernichtung überakkumulierten Kapitals immer auch der Wiederherstellung profitabler Verwertungsbedingungen. Doch die Häufigkeit und Stärke der periodischen Finanzkrisen nimmt zu, beschränkt sich nicht auf die Peripherien. Und fortschreitende Transnationalisierung führt zur Synchronisation der Zyklen jenseits nationaler Ökonomien oder kontinentaler Blöcke. Selbst China gerät in die Krise: eigene Aktien-, Kredit- und Immobilienblasen und die Abschwächung der globalen Nachfrage bremsen das Wachstum.

Die Heftigkeit der Krise 2007/2008 überraschte. Tatsächlich herrscht in den USA Entsetzen und verbreitete Ratlosigkeit über das Geschehene vor. Führende Ökonomen und Politiker – zumindest die intelligenteren unter ihnen – rechneten zwar durchaus mit möglichen Krisen, kaum einer jedoch mit einer derart fundamentalen Bedrohung des Systems durch Bankenpleiten und abreißende Kreditketten. Während der Fed-Vorsitzende Bernanke als selbsternannter Feuerwehrmann massiver als je zuvor frisches Geld in die Märkte pumpt, wertlose Kredite sichert und an den weitest reichenden Re-Regulierungen seit 1945 arbeitet, versucht sein entzauberter Vorgänger Alan Greenspan sich mühsam von aller Schuld freizusprechen. Dessen Vorgänger Paul Volker wiederum – der zu Beginn der 80er Jahren den Zinsschock auslöste und eine weltweite Rezession und die Schuldenkrise der sog. Dritten Welt lostrat – greift nun seine Nachfolger öffentlich an und erklärt, das neue Finanzsystem habe den „Markttest nicht bestanden“ (25.05.08). Seit 25 Jah-

ren erlebten die USA wie der Rest der Welt durchschnittlich alle fünf Jahre eine schwere Finanzkrise, „da stimmt etwas nicht“, so Volker.

Tatsächlich zeigt sich laut einer Studie der BIZ, dass das Wachstum nach jeder Krise niedriger ausfiel als nach der letzten Krise. Beispielsweise wurde in den USA erst 2006 wieder die ökonomische Wirtschaftskraft erreicht, die vor der Krise der New Economy 2001 erzielt wurde. Die BIZ spricht vom „Mythos ökonomischer Erholung“: „Thus, when output drops, it tends to remain well below its previous trend after recovery“ (Cerra/Saxena 2007, 16). Insbesondere in Ländern mit starker Liberalisierung von Kapitalverkehr und Finanzmärkten vollzog sich die wirtschaftliche Erholung langsamer. Nach jeder Finanzkrise müsse mit langen Erholungsphasen gerechnet werden, oft zu lang, um zum alten Niveau zurück zu kehren, bevor die nächste Krise hereinbricht. Die Akkumulation des Kapitals auf erweiterter Stufenleiter ist nicht länger gesichert. Eine immer weitere Steigerung der Renditen kann nur durch immer schärfere Profitatendifferenzierung erzielt werden, d.h. Abschöpfung des Mehrwerts durch einige wenige transnationale Kapitale zulasten der eher kleineren und national oder regional begrenzten Kapitalfraktionen, bzw. durch weitere Umverteilung zulasten der Lohnabhängigen und des Staates.

Die spekulative Blase, die dann 1997/98 zu den Krisen in Asien, Lateinamerika und Russland führte, hatte als reale Grundlage noch die Ausdehnung der Akkumulation in neue Verwertungsräume. Die Dotcom-Blase, die 2001 platzte, finanzierte die Entwicklung und Verbreitung und Verwertung der Internet-Technologien, bevor die ›Übertreibungen‹ korrigiert wurden. Die Immobilien- und Kreditblase, die sich nun entlädt, hatte hingegen kaum noch neue tragfähige Akkumulationsfelder eröffnet, sondern fast ausschließlich die finanzielle Akkumulation vorangetrieben.

Dies ist keineswegs nur ein ökonomisches Problem, vielmehr geht es um eine rasant bröckelnde Legitimation der Liberalisierung der Finanzmärkte. Nach Umfragen des Meinungsforschungsunternehmens GlobeScan befürworteten schon vor der Krise 2007/2008 weltweit Mehrheiten eine „starke staatliche Regulierung“, in Deutschland 62 Prozent, in den USA immerhin 59 Prozent.³ Ohnehin glaubt eine wachsende Mehrheit, die Gesellschaft sei ungerecht. Auch Zweifel an der Marktwirtschaft

³ www.globescan.com

als Wirtschaftssystem nehmen deutlich zu, bei uns sind es 35 Prozent, in Frankreich bereits die Mehrheit, aber auch in den USA nimmt diese Überzeugung zu (nur knapp 11% sind für eine Deregulierung der Märkte): GlobeScan stellt weltweit einen „signifikanten Rückgang bei der Zustimmung zu freien Märkten“ fest, während Überzeugungen zur Notwendigkeit „starker Regulierung“ öfter betont werden. Diese Einstellungen dürften sich in den unterschiedlichen Bevölkerungen mittlerweile schlagartig verbreitet haben und bis in die Etagen ratloser Notenbanker, Regierungen und Vorstände vorgedrungen sein.

Die Politik muss darauf reagieren, in den USA tobt schließlich der Wahlkampf. Politik, Finanzaufsicht und Fed müssen um ihre Reputation fürchten – vor allem aber müssen sie angesichts täglich sich überschlagender Hiobsbotschaften um die ›Kernschmelze‹ des Finanzsystems bangen. Die Krise bringt daher mit Macht die Frage nach der Rolle des Staates zurück in die Debatte. Banken und bedrohte Unternehmen betteln um staatliche Interventionen, um die Liquidität der Märkte zu sichern, den Zusammenbruch von Banken und damit von langen Kreditketten zu vermeiden. Verstaatlichung selbst von Banken ist nicht länger sozialistisches Teufelszeug, wird vielmehr offen eingefordert, wenn es Schlimmeres zu verhüten gilt. Sicher ist noch nicht von einem Paradigmenwechsel auszugehen, aber Institutionen wie der IWF drängen zumindest in Ansätzen auf eine Re-Regulierung der Märkte. Die Tragweite der Eingriffe lässt es zu, von einer Art ›neuem Staatsinterventionismus‹ sprechen. Die FAZ titelt: „Der Staat rettet den Kapitalismus“ (5.10.08)

Der Staat sichert Liquidität, senkt die Zinsen, legt Konjunkturprogramme auf

Die USA erweisen sich wieder einmal als äußerst flexibel, wenn es um den Erhalt des grundsätzlichen Konsenses für die oft als Kasino-Kapitalismus gescholtene ökonomische Ordnung geht. Dann werden von der Fed, der US-Zentralbank, die Leitzinsen gesenkt wie seit Beginn der 1990er Jahre nicht mehr: von 5,25 auf unter 2 Prozent, weitere Zinsschritte sollen folgen. Faktisch ist der Realzinssatz damit im negativen Bereich gelandet, Geld steht quasi kostenlos zu Verfügung – sofern die richtigen Sicherheiten vorhanden sind. Immer wieder hat allein die Fed frisches Geld in Höhe von mehreren hundert Milliarden Dollar bereitgestellt.

Umgehend legt die Regierung ein Konjunkturprogramm in Höhe von einem Prozent des BIP auf. Jeder erwachsene US-Bürger erhält pro Person einen Scheck von der Finanzbehörde in Höhe von 600 Dollar (für jedes Kind unter 17 Jahren gibt es 300 Dollar zusätzlich). Anders als nach dem 11. September 2001, Mitten im Abschwung der New-Economy-Ära, als zur Stützung der Märkte von der Regierung Bush 38 Milliarden Dollar vor allem über Steuerentlastungen an die vermögenden Haushalte gelenkt wurden, die dies allerdings kaum für zusätzlichen Konsum oder Investitionen nutzten, soll die Auszahlung der Schecks an alle vor allem den Konsum von Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen stimulieren. Fraglich ist, in wie weit die Aktion tatsächlich wirkt, da die verunsicherten Arbeiterklassen und sog. Mittelschichten z. Zt. andere Probleme haben, als sich einen neuen Flachbildschirm oder ähnliches zuzulegen. Vielmehr ist zu erwarten, dass sie sich gegen weitere Widrigkeiten schützen und das Geld sparen – schließlich fielen schon in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 annähernd eine Million Arbeitsplätze weg, steigt das Risiko der Arbeitslosigkeit (abgesehen davon, dass wie zu Zeiten der Regierung Mitterand in Frankreich der *einmalige* ungerichtete Geldsegen in Zeiten offener Märkte eher japanische oder chinesische Elektronikkonzerne oder ähnliches fördert). Nach einer Umfrage planen nur 21 Prozent der Amerikaner das Geld tatsächlich auszugeben, 47 Prozent wollen davon Schulden bezahlen, 32 Prozent sparen (FR 02.05.08). Insofern zeigte das Konjunkturprogramm einen kleinen kurzfristigen Nutzen zur Stärkung des Wachstums, aber schon nach kurzer Zeit verpuffte es – für eine nachhaltige Konjunkturförderung sind die eingesetzten Summen zu gering. Doch dass überhaupt klassische Nachfragepolitik mit Umverteilungskomponenten nach ›unten‹ wie selbstverständlich und in größter Eile betrieben wird, markiert eine markante Verschiebung jenseits des neoliberalen Koordinatensystems. Ein zweites Konjunkturprogramm noch im Jahr 2008 wird aller Voraussicht nach folgen. Auch Spanien, Frankreich und Griechenland, aber auch China legen Konjunkturprogramme auf. Die Bundesrepublik wird sich mit dem Abgleiten in die Rezession nicht langfristig dagegen verschließen können.

Banken und Risiken werden verstaatlicht

Fast wöchentlich melden zahllose kleinere und bedeutende große Banken Konkurs an. Erstes prominentes Opfer ist der Hypothekenfinanzierer New Century Financial. Dann trifft es die IndyMac Bank, den größten unabhängigen börsennotierten Baufinanzierer. Die Unsicherheit drohender Zahlungsfähigkeit löste einen *Run* auf die Banken aus, bei dem Anleger innerhalb weniger Tage mehr als 1,3 Mrd. Dollar abheben. IndyMac wird unter die Kontrolle der Federal Deposit Insurance Corporation gestellt, d.h. verstaatlicht. Doch das ist nur der Beginn.

Zur Rettung der beiden gigantischen Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac entwerfen Regierung und Fed in aller Eile ein Gesetz zur Stabilisierung des Immobilienmarktes. Fannie und Freddie »erfanden« die Bündelung und Verbriefung von Hypotheken in sog. Asset Backed Securities und haben Hypothekenkredite in Höhe von 5,2 Billionen Dollar in ihren Büchern. Das ist etwa die Hälfte aller Immobilienkredite, die in den USA vergeben wurden. Das neue Gesetz sieht nun u.a. die Ermächtigung des Finanzministeriums vor, die beiden Hypothekenbanken im Notfall mit Krediten oder Eigenkapital zu unterstützen. Angesichts der enormen Summe gefährdeter Kredite kann dies den Steuerzahler Hunderte Milliarden, im schlimmsten Fall gar Billionen Dollar kosten. Um dies gegebenenfalls zu finanzieren wird in dem Gesetz die höchstzulässige Staatsverschuldung der USA um 800 Milliarden Dollar auf 10,6 Billionen Dollar angehoben. Das Gesetz sieht auch eine verschärfte staatliche Aufsicht der Immobilienmärkte vor. Darüber hinaus wird ein 300 Milliarden.-Dollar-Notplan zur Entlastung von 400.000 Hausbesitzern aufgelegt, der bei drohenden Zwangsversteigerungen durch die vorübergehende Garantie von Hypothekenzahlungen einspringen soll. Den Kommunen werden außerdem vier Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt, um bei Zwangsversteigerungen Immobilien zu erwerben, die dann zu einem günstigen Preis an bedürftige Familien vermietet werden sollen (mitunter die gleichen Familien, die zuvor ihr Haus verloren). Die New York Times zweifelt, ob diese Maßnahmen ausreichen, um „die nach unten gerichtete Spirale der Hauspreise zu stoppen“ (27.07.08).

Tatsächlich fallen die Häuserpreise weiter und schon nach kurzer Zeit steht fest: Fannie Mae und Freddie Mac sind massiv unterkapitalisiert und

drohen zusammen zu brechen. Investoren, insbesondere ausländische Notenbanken und Investmentfonds stoßen zunehmend Wertpapiere der beiden Banken ab. Finanzminister Paulson legt alles, was von der ehemaligen Zurückhaltung des Staates an der Wall Street übrig ist, ab und leitet 50 Jahre nach der Privatisierung von Fannie Mae die Wieder-Verstaatlichung ein – eine Zäsur für das neoliberale Finanzsystem. Die beiden Vorsitzenden der Hypothekenbanken, Daniel Mudd und Richard Syron werden entlassen. Beabsichtigt ist, den Markt zu stabilisieren und nur vorübergehend die Banken unter staatliche Kontrolle zu stellen, ohne das sie direkt in Staatseigentum überführt würden. Diese milde Form der Verstaatlichung ermöglicht auch, die gigantische Summe von fünf Billionen Dollar Schulden, die bei den beiden Banken geführt werden, auch dort zu belassen (sonst wären die Staatsschulden sprunghaft um 50 Prozent gestiegen). Der Staat beschränkt sich darauf, Verluste aus geplatzten Hypothekenkrediten von Quartal zu Quartal auszugleichen – ein hohes Risiko angesichts der weiter zu erwartenden Abschreibungen und Verluste. Kritiker befürchten, dass dies insgesamt zu einer Abwertung von US-Anleihen beim Rating führen könnte und damit ein steigendes Zinsniveau nach sich zöge, was rezessive Tendenzen weiter verschärfen würde. Ob und wann die Banken wieder aus der staatlichen Kontrolle entlassen werden, ist fraglich.

Untergang der Investmentbanken

Derweilen ändert die Fed ihre Praxis in Bezug auf die Refinanzierungskonditionen der Banken. Den Banken drohen zu große Kreditausfälle im Zuge des Bear Stearns-Krise, was Liquiditätsprobleme zur Folge hatte, die sich fortsetzen. Zugleich ist die Kreditaufnahme bei anderen Banken verunmöglicht, da der Interbanken-Markt zusammengebrochen ist. Um den Banken den Zugang zu den bereitgestellten Milliarden an Liquidität zu ermöglichen, akzeptiert die Fed daher zum ersten Mal in der Geschichte auch risikobehaftete Wertpapiere – bisher wurden nur erstklassige Sicherheiten akzeptiert. Mit etwas Verzögerung werden sogar Aktien als Sicherheiten anerkannt. Zusätzlich wird nun auch Investment- und den großen Hypothekenbanken der Zugang zu Zentralbankkrediten eröffnet. Damit werden Risiken privater Banken, insbesondere die riskanten Geschäfte einiger Investmentfonds, auf die Zentralbank übertragen.

Niemand weiß, wie viele im Wert verminderte ›strukturierte Produkte‹ noch nicht in den Büchern der Banken aufgetaucht sind – dies gilt nicht nur für mit Subprime-Krediten verseuchte Pakete (CDOs), sondern auch für Kreditderivate, sog. Credit Default Swaps (CDS). Ursprünglich Versicherungen zur Absicherung gegen Ausfallrisiken von Krediten (nicht zuletzt der CDOs) und anderen Wertpapiere, stellen die CDS mit einem Markt von ca. 62 Billionen Dollar inzwischen einen der größten Bereiche des außerbörslichen Handels dar (FTD 03.06.08). Der Markt dafür ist bislang völlig unreguliert, weder Preise noch Volumen werden veröffentlicht. Daher ist auch unklar, ob die Verkäufer dieser Produkte überhaupt genug Geld haben, um einen potenziellen Kreditausfall zu decken (wie im Falle Bear Stearns). Darüber hinaus ist für den Käufer dieser Produkte in der Regel nicht mehr nachvollziehbar, wer überhaupt für einen Kreditausfall bürgt. Die Investmentbank Lehmann Brothers war eine der größten CDS-Emittenten.

Zur Beruhigung der Märkte werden zeitweise Werten auf fallende Kurse – sog. Leerverkäufe – von Finanzaktien verboten.⁴ Geprüft wurde die Einführung eines Insolvenzmechanismus für Investmentbanken sowie die Regulierung des außerbörslichen Geschäfts mit Kreditderivaten. Solche Einzelmaßnahmen sind Teil einer Konzentration und Stärkung der Finanzmarktaufsicht bei der Fed zulasten anderer Behörden wie der SEC (Börsenaufsicht), der FDIC (*Federal Deposit Insurance Corporation*, dem staatlichen Einlagensicherungsfonds), dem Office of the Comptroller of the Currency (Bankenaufsicht) oder dem Office of Thrift Supervision (Aufsicht der Spar- und Bausparkassen). Zu diesem Zweck werden auch die wichtigsten privaten Akteure auf den Finanzmärkten (finanziell und organisatorisch) in die Pflicht genommen, dafür werden sie allerdings auch bei der Formulierung der Reformen einbezogen.

Doch zur Einrichtung eines Insolvenzmechanismus für Investmentbanken kommt es nicht mehr. Nach dem Notverkauf von Bear Stearns bricht die Investmentbank

⁴ Bei Leerverkäufen leihen sich insbesondere Hedgefonds Aktien oder Wertpapiere, verkaufen diese dann an Anleger und kaufen die entsprechenden Aktien oder Wertpapiere zurück, wenn ihr Kurs gefallen ist, um sie dann zurückzugeben. Aus der Differenz zwischen Verkaufspreis und Kaufpreis ist der Gewinn. Eine andere Methode besteht darin, Aktien oder Wertpapiere zu verkaufen, ohne sie selbst zu besitzen. Mit dem Verkauf der Aktien zum Tagespreis, erhält der Hedgefonds erst die Mittel, um die entsprechenden Aktien überhaupt zu einem bestimmten späteren Zeitpunkt zu erwerben, nämlich wenn ihr Kurs gefallen ist. Der Kunde erhält dann pünktlich seine Aktien - die Differenz zwischen Verkaufspreis und Kaufpreis macht wieder einen stattlichen Gewinn aus.

Lehmann Brothers zusammen: sie allein hat 613 Milliarden Dollar Schulden angehäuft. Unwahrscheinlich, dass deren Konkurs keine Auswirkungen auf Investoren weltweit hat. Ob chinesische Staatsfonds oder europäische Banken, Pensions- oder Hedgefonds sowie mehrere Zehntausend Kleinanleger – es folgt eine Kettenreaktion, die Banken und Märkte weltweit in zusätzliche Liquiditätsprobleme stürzt. Das Traditionshaus Merrill Lynch geht durch einen Notverkauf in den Besitz der Bank of America über. Die beiden Giganten Goldman Sachs und Morgan Stanley geben ihren Status als Investmentbanken auf und unterwerfen sich als ›normale‹ Geschäftsbanken den staatlichen Regularien für Risikomanagement und Eigenkapital. Doch es mangelt an ausreichend Großinvestoren, die ein solches Risiko eingehen, um die Banken mit dem benötigten Kapital zur Erfüllung der Eigenkapitalvorschriften zu versehen und faule Kredite abzuschreiben. Sie bleiben gefährdet. Das Modell der Investmentbank, den Flaggschiffen des neoliberalen Finanzkapitalismus an der Wall Street, ist Geschichte.

Auch die Schweizer UBS, eine der größten Banken weltweit, hat bereits die Weichen für den Verkauf der dank Finanzkrise hochdefizitären Investmentsparte gestellt. Nach Staatsfonds aus dem globalen Süden steigt nun auch der Schweizer Staat als neuer Miteigentümer der UBS ein. Die Dresdner Bank hat ihr Investmentbanking bereits abgespalten (bevor sie dann mit der Commerzbank fusionierte). Auch die Deutsche Bank – nach dem sie vor Jahren einmal das Privatkundengeschäft loswerden wollte – will nun ihre „Abhängigkeit vom Investmentbanking reduzieren“ (FR 13.08.08). Insgesamt ist ein Strukturwandel und eine Konzentration der Bankenbranche zu beobachten. Auch (die weitgehend unregulierten) Private Equity-Fonds müssen sich nach neuen Methoden umsehen, da die Finanzierung großer Übernahmen durch Aufnahme riesiger Kredite auf längere Sicht schwierig geworden ist. Ähnliches gilt für Hedgefonds, die mit Krediten in Höhe eines Vielfachen des Eigenkapitals spekulieren.

Der Staat kauft gescheiterte Banken sowie Schrottpapiere und bürgt für den Kapitalismus

Nach Hypotheken- und Investmentbanken knickt die größte US-Sparkasse Washington Mutual ein und wird in einem von Finanzministerium eingefädelten Notverkauf an die JP Morgan Chase Bank verkauft – die größte Bankenpleite der US-Geschichte! Kurz darauf ist auch der größte amerikanische und weltweit drittplatzierte Versicherungskonzern AIG insolvent. Die New York Fed gewährt einen Kredit von 85 Milliarden Dollar und erhält dafür knapp 80 Prozent der Anteile. Einen Monat

später muss die Fed weitere 38 Milliarden nachschießen, um den Bankrott abzuwenden. Damit ist der Versicherungskonzern faktisch verstaatlicht.

In Großbritannien ereignete sich die erste aller Verstaatlichungen dieser Krise: Die viertgrößte britische Hypothekenbank Northern Rock geriet frühzeitig in Liquiditätsgpässe und konnte sich nicht mehr bei anderen Banken refinanzieren. Kunden der Bank verloren das Vertrauen in die Sicherheit ihrer Einlagen, bildeten lange Schlangen vor den Bankfilialen und zogen im September 2007 in wenigen Tagen 3 Milliarden Pfund (4,35 Milliarden Euro) aus dem Geldhaus ab. Die von Großbritannien gewährte staatliche Garantie der Einlagen und ein Notkredit in Höhe von sagenhaften 75 Milliarden Euro erzielte nicht die gewünschte Wirkung. Am 18. Februar 2008 gab die britische Regierung nach Absprache mit der Bank von England und der Finanzmarktaufsichtsbehörde die vorübergehende Verstaatlichung von Northern Rock bekannt, die erste Verstaatlichung seit den 1970er Jahren und das erste Mal, dass im Königreich überhaupt eine Bank ›deprivatisiert‹ wurde – Kosten: ca. 150 Milliarden Euro (FAZ 18.02.08).

Mit der Verschärfung der Krise im Herbst 2008 folgen weitere Aktionen dieser Art. Zunächst wird die Hypothekenbank Bradford & Bingley (B&B) verstaatlicht. Kurz darauf legt die Regierung von Gordon Brown einen Rettungsplan in Höhe von 500 Milliarden Pfund auf, der eine (Teil-)Verstaatlichung von acht britischen Banken (von bis zu 30 Prozent) vorsieht, darunter die Großbanken Barclays, HBOS und die Royal Bank of Scotland. 100 Milliarden werden zum staatlichen Ankauf neuer Präferenzaktien der Banken (mit festen Zinssatz statt Dividende) verwendet. Auf ein direktes Stimmrecht wird verzichtet, die Regierung greift aber drastisch bei Gehältern, Bonus-System sowie Dividenden ein und erzwingt, mehr Gewicht auf die Gewährung von Krediten für den Mittelstand und für hoch verschuldete Hausbesitzer zu legen – direkte Eingriffe in die Investitions- und Kreditpolitik sowie in die Verwendung der Erträge der Bank. Der Plan beinhaltet auch einen Liquiditätsfonds von 200 Milliarden Pfund, der es Banken erlaubt, faule (Hypotheken-)Kredite an den Staat zu verkaufen. Weitere 200 Milliarden Pfund stehen für Kredit-Garantien zur Verfügung, die Banken gegen eine Gebühr in Anspruch nehmen können, um sich damit von anderen Banken günstige Kredite zu holen.

Andere Länder folgen: Die Benelux-Staaten etwa retten den größten belgisch-holländischen Finanzkonzern Fortis mit über 11 Milliarden Euro vor der Pleite, spalten ihn auf, verkaufen Teile an Konkurrenten und verstaatlichen den Rest. Island sieht sich gezwungen den gesamten Bankensektor zu verstaatlichen, um einen Kollaps

zu vermeiden. Die Großbanken Glitnir, Landsbanki und Kaupthing hatten durch ihre aggressive transnationale Expansion Schulden angehäuft, die das Achtfache des isländischen Bruttoinlandsproduktes umfassten – die Übernahmen der überschuldeten Banken droht nun einen Staatsbankrott nach sich zu ziehen.

Überall in Europa tritt der Staat als Bürge für Einlagen und Sparguthaben auf, die zumeist ein Vielfaches des Staatshaushaltes umfassen: Die irische Regierung ist die erste und garantiert alle Einlagen privater Sparer, wie von Unternehmen und Anlegern in Höhe von 400 Milliarden Euro, mehr als das Doppelte der jährlichen Wirtschaftsleistung des Landes, um einen *Run* – den plötzlichen Abzug der Einlagen – zu verhindern. Auch Bundeskanzlerin Merkel gibt nach der Verunsicherung um die Rettung der Hypothekenbank Hypo Real Estate (die Bürgschaft über 35 Milliarden erwies sich als nicht ausreichend und musste schon nach wenigen Tagen auf 50 Milliarden Euro erhöht werden) das Versprechen ab, alle Einlagen auf Spar- und Girokonten zu garantieren – das sind zusammengenommen 1,6 Billionen Euro, etwa das siebenfache des Bundeshaushaltes, mehr als zwei Drittel des BIP. Die FAZ beruhigt: in der Regel sind es nur „bis 20 Prozent der Bürgschaften, die der Staat regelmäßig übernimmt“ (12.10.08, 29). Das wären 320 Milliarden Euro – nicht wirklich ›Peanuts‹. Acht Regierungen in der EU übernehmen individuelle Bürgschaften für die Einlagen in ihren jeweiligen Ländern. Insgesamt wurden weltweit mehrere Billionen Dollar an Staatsgarantien gegeben.

Um weitere Bankenzusammenbrüche zu vermeiden, das Vertrauen auf den Kreditmärkten wieder herzustellen und den Absturz der Kurse zu stoppen verabschiedet der Kongress in den USA das größte aller Rettungspakete in Höhe von 700 Milliarden Dollar. Im Wesentlichen sieht es vor, den Banken faule Kredite und Wertpapiere abzukaufen, um die Bilanzen der Banken zu entlasten. Wahrscheinlich wird der Staat sich auch als Eigentümer an diversen Großbanken beteiligen. In der Folge haben die diversen Rettungsaktionen die Staatsverschuldung auf über 10 Billionen Dollar ansteigen lassen.

Verspätet und widerwillig, getrieben vom Marktgeschehen schnürt auch die deutsche Bundesregierung ein Rettungspaket, um die Insolvenz akut gefährdeter deutscher Banken zu verhindern: insgesamt 490 Milliarden Euro. Dies entspricht in etwa dem gesamten Steueraufkommen eines Jahres. Um den Interbankenmarkt wieder in Gang zu bringen sind 420 Milliarden Euro an Garantien für kurzfristige Kredite (bis 36 Monate) vorgesehen. Weitere 70 Milliarden Euro stehen für direkte Kapitalhilfen zur Verfügung, also für die Beteiligung des Staates an Banken und drastische Eingriffe in ihre Geschäftspolitik

(z.B. Abschaffung der Boni und Abfindungen) – ganz nach britischem und amerikanischem Vorbild. Diese Teilverstaatlichung soll aber »nur vorübergehend« sein und sobald möglich rückgängig gemacht werden, betonen die Regierungsparteien einmütig.

Einzelstaatliche Maßnahmen greifen nicht - die Panik floriert fort

Ging es zunächst um Einzelfalllösungen für überschuldete Großbanken oder Liquiditätsschwierigkeiten auf dem Interbankenmarkt, gehen die Regierungen nach anderthalb Jahren Krise endlich dazu über nationale Rettungspläne für den gesamten Finanzsektor aufzulegen, zum Teil mit, zum Teil ohne Konjunkturstützen für andere Branchen. Doch alle Maßnahmen der Einzelstaaten reichen nicht aus, um die Panik auf den Märkten zu stoppen. Der Interbankenmarkt ist nach wie vor nicht funktionsfähig, die Banken leihen sich untereinander kaum Geld: der Libor, der Zinssatz für dreimonatige Dollar-Kredite, liegt auf Rekordniveau nahe der fünf Prozent, also weit über dem Zinssatz von zwei Prozent der Fed. Der Euribor, das europäische Gegenstück für Euro-Kredite liegt bei über fünf Prozent und damit mehr als zwei Punkte über dem Leitzins der EZB. Wer über Liquidität verfügt, ist auch darauf bedacht sie zu behalten - zum einen, um selbst für unerwartete Bilanzentwicklungen, Kursstürze, Kreditausfälle oder einen *Bankrun* vorbereitet zu sein, zum anderen, weil zu unsicher ist, ob andere Banken als Schuldner überhaupt noch zuverlässig sind. „Liquiditätspräferenz“ nennt Keynes das (1936, 132).

Eine knappe Woche nach Verabschiedung des 700-Milliarden-Rettungspaketes ist klar, dass mehr nötig ist, um den Liquiditätsbedarf der Banken zu sichern. Der IWF schätzt den zusätzlichen Kapitalbedarf der großen Banken weltweit auf 675 Milliarden Dollar (FR 8.10.08). Selbst die Bank of America, die als einzige US-Bank scheinbar ohne größere Blessuren davon kam, musste in Folge der Übernahme der gestrauchelten Investmentbank Merrill Lynch Gewinn- und damit Kurseinbrüche hinnehmen. Insbesondere die ehemaligen Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley haben große Schwierigkeiten, aber auch die Großbanken JP Morgan Stanley und Citigroup sowie Industrieunternehmen wie General Electric, Ford oder General Motors, die ihre Liquidität über die Ausgabe von Anleihen sichern. Zum ersten Mal in der Geschichte vergibt die Fed nun auch Kredite *ohne* Sicherheiten und auch die EZB senkt ganz gegen ihre Prinzipien die Standards für akzeptierte

Sicherheiten im Austausch für Kredite.

Um eine Kreditklemme zu vermeiden, pumpen die Zentralbanken immer wieder frisches Geld in dreistelliger Milliarden-Summe in die Märkte und senken in einer konzertierten Aktion von Fed, der Bank von England, der Zentralbanken Chinas, Kanadas, der Schweiz und sogar der Europäischen Zentralbank die Leitzinsen um ein halbes Prozent. Die EZB sichert „unbegrenzte“ Liquidität zu. Doch diese erste transnational koordinierte Aktion verpufft, ebenso wie Liquiditätsspritzen oder die vollmundigen Garantien der Regierungen für Spareinlagen. Weitere Zinssenkungen werden unweigerlich folgen.

Am nächsten Tag setzt erneut eine Börsenpanik ein. Aktien und Anleihen stürzen ab, alle wichtigen Börsenindizes der Welt brechen ein – der Dax verliert allein in der zweiten Oktober-Woche 1000 Punkte. Nach Verkündung des »Finanzmarktstabilisierungsgesetzes« steigt der Dax kurzfristig, doch hat der deutsche Leitindex in den vergangenen 15 Monaten über 44 Prozent verloren. Zum Vergleich: 1929 waren es nur minus 34 Prozent während der fünfzehn Monate nach dem schwarzen Freitag. Fallende Kurse machen es Banken aber auch Unternehmen noch schwieriger, an Kredite zu kommen und schlagen Löcher in die Bilanzen. Eine globale Rezession ist auf diese Weise nicht zu verhindern. Vor allem die Fälligkeit von CDS-Kontrakten (allein bei der insolventen Lehmann Brothers in Höhe von 365 Milliarden Dollar) kann noch unkalkulierbare Folgen nach sich ziehen und ohnehin angeschlagene Versicherungsgesellschaften wie AIG oder Banken wie IKB und Commerzbank gefährden. Dies hätte erneut eine Kettenreaktion weiterer Pleiten zur Folge bzw. staatliche Kreditgarantien würden wirklich fällig und belasten dann die Staatshaushalte. Insbesondere amerikanische Großbanken sind nicht zuletzt durch die Zentralisierung in Folge der Krise zu groß geworden, um sie wie Lehmann Brothers pleite gehen zu lassen, aber auch zu groß um sie zu retten, ohne den Staatsbankrott zu riskieren. Mit einer möglichen Zerschlagung der US-Großbanken wird sich die nächste US-Regierung befassen müssen. Längst verschränkt sich die Finanzkrise mit einer allgemeinen Wirtschaftskrise. Angesichts von globaler Rezessionstendenzen stellt sich schon die Frage, ob die Praxis der Verstaatlichung demnächst auch auf Unternehmen außerhalb des Finanzsektors ausgeweitet werden muss, z.B. auf Automobilkonzerne wie General Motors, Baukonzerne in Europa oder Elektronikriesen in Japan.

Re-Regulierung und kein Ende der Krise

Das bislang entwickelte Krisenmanagement und Ansätze einer Re-Regulierung weisen eindeutig in Richtung stärkerer staatlicher Kontrolle. Der frühere Optimismus einer Befreiung der Märkte von staatlicher Intervention ist verschwunden. Nach der partiellen Selbstentmachtung des Staates wird das Wissen um die Notwendigkeit einer politischen Konstitution funktionierender Märkte wieder deutlich betont.

Die Finanzkrise bringt das Ende von De-Regulierung und Liberalisierung und gibt der Staatsintervention eine andere Richtung und Bedeutung. Angesichts der drohenden ›Kernschmelze‹ des Finanzsystems werden Schulden und Risiken sowie zahlreiche (Groß)Banken verstaatlicht – während überschuldete Hausbesitzer und Konsumenten sich mit Brosamen begnügen müssen. Marktgläubige schieben das Versagen – nicht ganz erfolglos – auf andere: nicht die Märkte hätten versagt, sondern die Gier einzelner sei Schuld. Ebenso wie der Staat, der es versäumt habe, einen funktionierenden Rahmen für die Märkte zu gewährleisten. Doch Neoliberale Glaubenssätze werden reihenweise über Bord geworfen: aktives Krisenmanagement durch Zinssenkungen, Aufblähung der Geldmenge, Verstaatlichung von Banken, Staats- und Zentralbankkredite ohne Sicherheiten, antizyklische Konjunkturprogramme, Aufhebung aller staatlichen Verschuldungsgrenzen einschließlich des ehemals sakrosanten Stabilitätspaktes und der Maastricht-Kriterien, schärfere Kontrollen, Begrenzung von Managergehältern und Eingriff in die Bonunssysteme etc. Für harte Neoliberale ist dies gleichbedeutend mit Sozialismus – tatsächlich jedoch eher der Versuch des ›ideellen Gesamtkapitalisten‹, des Staates, zur Rettung des Kapitalismus“ (5.10.08, 38f.) – nicht ganz freiwillig, eher gezwungenermaßen durch den Druck von Märkten, Kapital und Angst vor Legitimationsverlusten. Dieser Staatsinterventionismus funktioniert zwar nicht mehr im Sinne neoliberaler Dynamisierung der Märkte, aber doch in guter alter Manier eines liberalen Keynesianismus, der Marktversagen kompensiert und die Umverteilung und Aneignung von Mehrwert für die Vermögenden weiter befördert, zugleich aber in die Investitions- und Akkumulationsstrategien des Kapitals direkt eingreift, insbesondere über die Kapitalbeteiligungen. „We are all Keynesians again“, schreibt der Economist (07.08.08).

Diskutiert werden Änderungen der Bilanzierungsregeln, um den Banken mehr Spielraum bei der Bewertung von Anlagen zu ermöglichen (statt Marktpreise zugrunde legen zu müssen). Dies soll im Tausch erfolgen gegen ein Verbot des Weiterverkaufs etwa von Anleihen, Stär-

kung der Einlagensicherungsfonds, Erhöhung der Eigenkapitalvorschriften, Verbesserung der Transparenz durch Verbot von Zweckgesellschaften, Beschränkung von Managergehältern und (kurzfristigen) Bonussystemen, strengere Regeln für Ratingagenturen und Finanzinnovationen, bessere Koordination der Banken- und Börsenaufsicht usw. Noch bleibt es bei Stückwerk, zumindest jedoch eine einheitliche europäische Finanzmarktaufsicht ist in Sicht. Einem europäischen Konjunkturprogramm dagegen wurde bereits eine Absage erteilt.

Doch angesichts global vernetzter Finanzmärkte ist eine allein nationale Regulierung nicht ausreichend. Intensivere transnationale Kooperation und ein neuer Rahmen auf globaler Ebene ist also notwendig geworden. Die G7 plus China, Russland, Saudi-Arabien, Brasilien, Indien, Mexiko und Südafrika werden von IWF-Chef Strauss-Kahn und dem britischen Premier Brown aufgerufen an einer globalen Neuordnung der Finanzmärkte zu arbeiten, eine neue ›Bretton-Woods-Konferenz‹ einzuberufen (und damit ausgerechnet dem IWF wieder eine Aufgabe zu verschaffen). Bislang ist noch kein Kompromiss erkennbar. Klar scheint, die USA werden nach diesem Debakel nicht länger allein die Regeln des ›Spiels‹ dominieren können. Die Europäer wiederum sind sich uneinig, vor allem die deutschen immer noch den neoliberalen Vorstellungen verhaftet, während die Franzosen für autoritäre Staatseingriffe plädieren. Darüber hinaus werden die neuen kapitalistischen Zentren China, Indien, Brasilien und die arabischen Öl-Staaten ein Wort mitreden wollen – sie alle plädieren auf unterschiedliche Art für offene, aber kontrollierte Finanzmärkte.

Dem verunsicherten ›Block an der Macht‹ ist bewusst, diesmal geht es ums Ganze: nicht um den Zusammenbruch des Kapitalismus, aber eben auch nicht einfach nur um eine ›bereinigende Krise‹, in der sich die verbliebenen Unternehmen günstig ihre angeschlagenen Konkurrenten einverleiben. Die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter und die gegenwärtige Funktionsweise der Märkte an sich ist gefährdet. In Konjugation mit anderen Krisenelementen, von der ökologischen Krise, über die Verschiebung von politischer und ökonomischer Macht auf dem Weltmarkt, bis hin zu Repräsentations- und Legitimationskrisen sowie wachsender gesellschaftlicher Desintegration und unterschiedlichster Revolten, steht voraussichtlich eine längere Periode von ein bis zwei Dekaden der Suche und der Auseinandersetzung um ›post-neoliberale‹ Formen der Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsweise bevor. Vielleicht wird ein autoritär abgesicherter grüner Kapitalismus neue Akkumulationsmöglichkeiten und Konsenspotenziale produzieren. Die Finanzmärkte werden dabei wieder eine entscheidende Rolle spielen. Die Reserven des nach wie vor dominierenden Neolibe-

ralismus als organisierende Ideologie im Übergang zur informationstechnologischen transnationalen Produktionsweise sind jedenfalls erschöpft. Seine Institutionen werden noch lange fortwirken (ähnlich wie nach dem Ende des Fordismus), ihre Position ist nur noch eine „herrschende“, keine „führende“ (Gramsci, *Gef.* 2, 354). Die Risse im Porzellan sind zum Bruch geworden, doch „die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“ (ebd.). Die Ablösung des Neoliberalismus wird durch heftigste globale gesellschaftliche Auseinandersetzungen geprägt sein (vgl. Candeias 2009).

Radikale Realpolitik

Es herrscht in den Etagen der Vorstände, Zentralbanker und Regierungen eine große Ratlosigkeit und hektisches Reagieren auf wöchentlich oder täglich neue Hiobsbotschaften. Die Finanzkrise ist nicht nur eine Vertrauenskrise im Bankensektor: das Vertrauen der Bevölkerung in Märkte und Regierungen ist zumindest deutlich angekratzt. Dies eröffnet diskursiven Raum für linke Alternativen im Sinne radikaler Realpolitik, die bisher kaum genutzt werden konnten: von der Beendigung weiterer Liberalisierungsvorhaben etwa im EU-Rahmen, der Verschärfung und Deprivatisierung von Banken- und Finanzkontrollen, das Ende der Unabhängigkeit einer inflationsfixierten Zentralbank, Kontrolle und Einschränkung von Derivatgeschäften, der Schließung von Steuerparadiesen und off-shore-Zentren, der Einführung von Börsenumsatzsteuern und Kapitalverkehrskontrollen sowie festen Währungskorridoren, bis zu der Etablierung einer ›Internationalen Clearing Union‹, Konzepten für zukunftsorientierten europaweite Konjunktur- und Investitionsprogramme oder einem neuen UN-basierten Bretton-Woods-Abkommen, das Kapital- und Technologietransfers, einen Ausgleich der Leistungsbilanzen, nachhaltige Entwicklung, soziale und politische Mindeststandards global gewährleistet. Debatten um den Sinn eines 20-Milliarden- Konjunkturprogramms wirken heute fast lächerlich, angesichts der Dimensionen staatlicher Bankenhilfe. Grundlegende Politikwechsel und Strukturveränderungen sind erforderlich.

Auch andere neoliberale Gewissheiten bröckeln: Die staatliche Rente im Umlagesystem ist ineffizient und teuer, daher muss auf Kapitaldeckung umgestellt und privat vorgesorgt werden, hieß es – die Verluste der Pensionsfonds mit rund 2 Billionen Dollar in den USA sind allerdings noch höher als zu Zeiten von Enron-Skandal und des New-Economy-Crash. In Deutschland hat ohnehin nur eine Minderheit privat vorgesorgt und die Euphorie über ›Volksaktien‹ wie Telekom oder Deutsche Bahn ist längst verflogen. Es ist Zeit für Konzepte einer erneuerten staatlichen ›Bürgerver-

sicherung‹, in die alle einzahlen, auch die Reichen und Selbständigen (nicht nur bei der Rente), bzw. für eine umfassende Idee eines sozialen Europa und transnationaler sozialer Rechte. Benötigt wird ein ›Rettungspaket‹ gegen gesellschaftliche Ungleichheiten.

Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft weitgehend heraus halten, heißt es. Doch die ›Leistungen‹ von Management und shareholder-value-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristen, Skandalen um Managergehälter, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen in Zweifel geraten. Auch die klassische Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz, finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Co-Management und Korruption. Es ist Zeit für eine weit darüber hinaus gehende Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, für eine echte Partizipation von Bevölkerung und Beschäftigten an Entscheidungen in Politik und Betrieb. Auch dafür braucht es Konzepte.

Der Markt als effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen hat wohl ebenfalls an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Das neoliberale Kredit- und Finanzsystem sammelt zwar noch die vereinzelt (latent produktiven Geld-)Kapitale ein, es gelingt jedoch nicht mehr, sie in ausreichend produktive Investitionen zu lenken. Ohne Eröffnung neuer Investitionsfelder verhindern die staatlichen Rettungsmaßnahmen zwar die weitere Kapitalvernichtung, verhindern damit aber den Abbau von Überakkumulation und bereiten einmal mehr nur kurzfristig die nächste Krise vor. Diese Überakkumulation von Kapital produziert Wellen spekulativer Blasen gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion (z.B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden.

Dann muss auch die Investitionsfunktion stärker zu einer demokratischen öffentlichen Aufgabe werden. Auch hier ist es Zeit für neue Konzepte des Öffentlichen und unbescheidene Investitionsprogramme für bessere staatliche Finanzierung, einen partizipativen Um- und Ausbau des öffentlichen Sektors und öffentlicher Beschäftigung hin zu einer sozial-ökologischen *Care-Economy*. Radikal realpolitische Schritte in diese Richtungen öffnen auch neuen Raum für Ideen und Leidenschaften für eine sozialistische und feministische Transformation der Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Candeias 2008a).

... *Fortsetzung folgt: Was kommt nach der Krise? Ankunft des grünen Kapitalismus.*

Literatur

Candeias, Mario, *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Berlin-Hamburg 2004, verbesserte Neuauflage 2008

Candeias, Mario, ›Prekarisierung als Kampf um soziale Rechte‹, in: B. Oehrlein (Hg.), *Globale Soziale Rechte*, Hamburg 2008 [im Erscheinen]

Candeias, Mario, *Krise des Neoliberalismus – Ankunft des grünen Kapitalismus*, Berlin 2009 [im Erscheinen]

Cerra, Valerie, u. Sweta Charman Saxena, *Growth dynamics: the myth of economic recovery*, BIZ Working Papers Nr. 226, Basel 2007

Rüstow, Alexander, Diskussionsbeitrag auf der 32. Tagung des Vereins für Socialpolitik am 28. November 1932, in: F. Boese (Hg.), *Deutschland und die Weltkrise*, München-Leipzig 1932, 62-9

Der Autor: Mario Candeias ist Referent für Kapitalismuskritik im Bereich Politikanalyse der RLS.

E-Mail: candeias@rosalux.de

Publikationen der RLS zum Thema:

Finanzmarktkrise - Ende des Neoliberalismus? Und die Linke?

Standpunkte 23/2008 von Rainer Rilling.

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17510>

Investoren als Invasoren. Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt

Texte der RLS Bd. 51 von Stephan Kaufmann

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=16446>

Risse im Empire

Texte der RLS Bd. 50 von Rainer Rilling

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17033>

Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die "neue Fesselung" des Kapitals.

Das Buch im VSA-Verlag erschienene von Joachim Bischoff wurde von der RLS Hamburg gefördert.

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17517>

Hintergrund, Positionierung und Fragen zur Rettungsaktion der Hypo Real Estate (HRE) und zu staatlichen Rettungsaktionen allgemein.

Standpunkte 21/2008 von Axel Troost.

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17346>

Dossier zum Thema:

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?finanzkrise>